# **Antrag**

# der Fraktion der SPD

Der Bundestag wolle beschließen:

# Entwurf eines Gesetzes zur Anderung des Reichsknappschaftsgesetzes

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

#### Artikel I

### Anderung des Reichsknappschaftsgesetzes

Das Reichsknappschaftsgesetz in der Fassung vom 1. Juli 1926 (Reichsgesetzbl. I S. 369), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Sicherung des Haushaltsausgleichs vom 20. Dezember 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 2065), wird wie folgt geändert:

- 1. In § 48 Abs. 1 Nr. 2 wird das Wort "sechzigste" durch das Wort "fünfundfünfzigste" ersetzt.
- 2. In § 98 a Abs. 1
  - a) wird die Nummer 1 gestrichen;
  - b) erhält die Nummer 2 folgende Fassung:
    - "2. eine Versicherungszeit von einhundertachtzig Kalendermonaten zurückgelegt hat und während dieser Zeit mindestens einhundertzwanzig Kalendermonate unter Tage beschäftigt war oder";
  - c) wird in Nummer 3 das Wort "dreihundert" durch das Wort "einhundertachtzig" ersetzt;
  - d) werden die bisherigen Nummern 2 und 3 Nummern 1 und 2;
  - e) wird das Wort "fünfundfünfzigste" durch das Wort "fünfzigste" ersetzt.

#### Artikel II

### Übergangsvorschriften

## § 1

Eine Leistung nach Artikel I Nr. 2 erhält auch der Versicherte, dessen Beschäftigung unter den Voraussetzungen des § 98 a des Reichsknappschaftsgesetzes vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, aber nach dem 30. Juni 1965 endet.

§ 2

Die Leistung nach diesem Gesetz ist vom Inkrafttreten dieses Gesetzes an zu gewähren, wenn der Antrag bis zum 31. Dezember 1966 gestellt worden ist; andernfalls gilt § 82 Abs. 2 des Reichsknappschaftsgesetzes.

### Artikel III

# Geltung im Land Berlin

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

#### Artikel IV

## Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Juni 1966 in Kraft.

Bonn, den 8. März 1966

**Erler und Fraktion**